

Bundeswehr vor dem Kollaps ?

i Neue Regierung, alte Probleme, alte Konzepte, alte Gesichter – halt! Da war doch ein neuer, Doktor Struck, Peter, Bundesverteidigungsminister seit dem 19. Juli 2002. Ein Ungedienter wie einst Volker Rühle, Motorradfreak statt Fahrraderos und noch ist sein Schnauzer nicht ab. Von militärischen Dingen hat Struck so wenig Ahnung, wie seine beiden Vorgänger zur Amtseinführung – ein Sympathieträger also?

Der 59jährige Jurist aus Uelzen hat das Zeug zum Rühle II, als überhebliches Rauhbein und Ankündigungsminister. Kaum im Amt wollte Struck in Afghanistan gleich das Kommando übernehmen, zu Hause wurde umgehend zurückgerudert: weder deutsche "lead nation" noch ein Bundeswehrfuß außerhalb Kabuls seien zu verantworten. Aus Kuwait wollte Struck die deutschen Fuchs-Panzer vor dem ersten Schuß abziehen. Nun hat der US-Kongreß den III. Golfkrieg gebilligt und der Bundestag verlängert das Bundeswehrmandat. Bei seiner Antrittsrede stellte sich Struck "bewußt in die Kontinuität seiner Vorgänger": alle unbezahlbaren Waffenprojekte sollten weiterlaufen, vor der Führungsakademie der Bundeswehr bekräftigte Struck die ungedeckte Bestellung von 73 Airbussen. Zwei Wochen später ließ er prüfen, ob die Truppe nicht auch mit 60 A-400M auskomme. Auch kreative Führungsstärke hat der neue Mann gezeigt: den geplanten Schützenpanzer Panther taufte er erst in Marder 3, dann in Igel um, zwei Wochen später wurde das unbezahlbare Projekt beendet. Auch die Fregatte 125, das MPA-2000 Marineflugzeug, die Meteor-Rakete und die MEADS-Raketenabwehr sind erledigt, an weitere Beschaffungslose für U-212A oder Korvetten KI. 130 glaubt niemand mehr. Solche Offenbarungseide sind nicht Strucks Verdienst, er vollzieht nur die Kontinuität seiner Vorgänger. Der grüne Koalitionspartner, - das Friedenspersonal endlich im Ruhestand -, wollte dem Verteidigungsminister nochmal die Abschaffung der Wehrpflicht aufdrücken. Doch Struck hat bereits erklärt, daß die vereinbarte Überprüfung keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen muß, - Weizsäcker läßt grüßen - im Koalitionsvertrag taucht das Wort Wehrpflicht nicht auf.

Doktor Struck weiß, daß er sich bei seiner Truppe nicht beliebt macht, wenn er den Kameraden keine Spielzeuge liefert. Er würde die Hypotheken seiner Vorgänger auch gerne bedienen, wenn der Finanzminister nicht immer vom Blauen Brief plappern würde. Als nach der Wahl Steuererhöhungspläne zurückgenommen werden mußten, soll Hans Eichel Einsparungen von 600 Mio. Euro vom Verteidigungsminister gefordert haben. Struck wies das zurück und klammert sich an die "mittelfristige Finanzplanung", die ihm bis 2006 einen eingefrorenen Etat von 24,4 Mrd.

Euro verheißt. Doch diese Pläne mußten stets kurzfristig nach unten korrigiert werden. Der Etat 2003 ist noch nicht beschlossen, da hat Hans Eichel bereits einen Nachtragshaushalt angekündigt. Deshalb stehen wieder alle Programme der Hardthöhe zur Disposition, doch der Spielraum ist eng: Die Rüstungsverträge sind bewußt so formuliert, daß Reduzierungen und Ausstiege mit hohen Regreßforderungen verbunden wären. Privatisierungserlöse der "Bundeswehrreform" sind nicht zu erkennen. Eine Abschaffung der Wehrpflicht würde viel Unruhe stiften, aber erst die nächste Regierung entlasten. Und eine Verringerung von Truppenstärke und Einsätzen ist politisch nicht gewollt. Nach vier vertanen Jahren ist die "Scharping-Reform" gescheitert. Laut Koalitionsvertrag soll sich Struck künftig am alten Weizsäcker-Papier von 2000 orientieren... Die Unionsabgeordneten Paul Breuer und Christian Schmidt nannten die Koalitionsgespräche entsprechend „konzeptionsloses Gemurkse, Struck werde wie sein Amtsvorgänger zum Abnicken verurteilt“. Doch die Union hat auch keine finanzierbaren Alternativen anzubieten. Vom militärischen Greenhorn Dr. Struck ist nicht zu erwarten, daß er nach 13 Jahren die Hausaufgaben seiner Vorgänger macht und ein realitätstaugliches sicherheitspolitisches Konzept entwickelt, zumal er sich mit dem konzeptlosen Gemurkse im parlamentarischen mainstream befindet. Einstimmig beschloß der neue Bundestag am 23. Oktober die Verlängerung des Mazedonien-Mandats. Niemand im Bundestag möchte die heilige Kuh Bundeswehr schlachten, Verdruß bereitet lediglich, daß das Gnadentrot immer teurer wird. Der neu entdeckte "Pazifismus" der Bundesregierung folgte neben Wahltaktik auch der Einsicht, daß die Truppe kaum noch einsatzbereit ist. Von den 285.000 Bundeswehrsoldaten waren im September 9.500 im Auslandseinsatz (4%), Tendenz sinkend. Die Stimmung ist in der Truppe mieß: jeden zweiten Soldaten kostet ein Auslandseinsatz seine Beziehung, nur 15% glauben, out-of-area etwas nützlich zu tun. Auch für ein Kriegssponsoring anderer Truppen - 1991/92 steuerte die Bundesregierung immerhin 13,5 Milliarden DM zum II. Golfkrieg bei - ist beim blanken Hans nichts zu holen. So muß sich die neue/alte Bundesregierung statt vor Terroristen oder einer parlamentarischen Opposition künftig nur noch vor ihrer eigenen Großmannssucht fürchten: wehe dem Fiasko, wenn die Bundeswehr doch noch in den Irak geschickt würde.

Jens Rosenke/Stefan Gose

IMPRESSUM

Herausgeber Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: 030/25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
www.antimilitarismus-information.de

Redaktionskollektiv Sarah Fritsch, Stefan Gose, Jenny Krüger, Gerhard Piper, Claude Reichelt, Jens Rosenke, Christopher Steinmetz

Erscheinungsweise monatlich, darunter unregelmäßig Themenhefte doppelten Umfangs

Preise Jahresabo Inland 30,70€, Jahresabo Ausland 40,90€ (jeweils incl. Porto), Schnupperabo (2 Normalhefte, 1 Themenheft) 7,70€ (incl. Porto), Einzelheft 2,60€, Themenheft 3,10€ (jeweils plus Porto), alle Preise incl. 7% gesetzl. MwSt.

Kündigung Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn nicht bis 30. November eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Spendenkonto/Bankverbindung
Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Konto-Nr. 53 97 77 90 00, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

Drucklegung 24. Oktober 2002

Nachdruck der mit Kürzel gezeichneten Beiträge ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von zwei Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht.